

U-01 Klima- und Umweltpolitik

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Klima- und Umweltpolitik

Anmerkungen: Beschluss vom 01.11.2007

Klimaschutz ohne wenn und aber – Auf dem Weg zur solaren Gesellschaft

1 Leitprojekte einer neuen ökologischen Politik

Klimawandel ist kein Schicksal. Die Zeiten sind vorbei, als man glaubte, nur durch fossile Energien und Emission von Treibhausgasen könne „Reichtum“ entstehen. Eine energieintelligente Kultur ist technisch möglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zum Beispiel mit dem Erneuerbare Energien-Gesetz und der Ökosteuer dazu beigetragen, dass man inzwischen von einer Energierevolution sprechen kann, die weltweit ein Erfolgsmodell ist.

Aber es geht zu langsam. Die fossilen Strukturen sind an unzähligen Stellen mit unserem Alltagsleben, mit unseren Vorstellungen von gesellschaftlichem Erfolg, mit den wirtschaftlichen und politischen Institutionen verbunden. Tatsächlich aber ist nichts sicherer als Wind, Sonne, Erdwärme und Effizienz. Trotzdem werden im Namen von „Energiesicherheit“ riesige neue Kohlenstofflager erschlossen. Was Mutter Natur in einer Million Jahren durch Photosynthese und anschließende Fossilierung der abgestorbenen Pflanzen an Kohle, Öl und Gas geschaffen hat, heben wir heute innerhalb eines Jahres von ihrem Sparbuch ab, und der globale Verbrauch weist weiter steil nach oben. Ohne eine bewusste und konsequente Entscheidung für einen neuen, CO₂-freien und solarintelligenten Weg, wird die Veränderung erst dann stattfinden, wenn die letzten Kohlenstofflager geplündert sind. Die Veränderung, um die es geht, entspricht in ihrer Reichweite der industriellen Revolution und die Menschheit hat nur wenig Zeit, 15 Jahre vielleicht, diese ökologische Revolution anzupacken.

Ohne eine aktive Führungsrolle von uns Bündnisgrünen wird in der Klimapolitik unseres Landes der Aufbruch nicht gelingen. Wir sind die Partei des Überganges zur solaren Gesellschaft, die ökologisch ist, weil sie CO₂-frei ist und ohne das atomare Risiko Energie erzeugt. Dabei wissen wir: Gelingen wird dieser Übergang nur, wenn er mehr soziale Gerechtigkeit und mehr gesellschaftliche Freiheit ermöglicht – anstatt die Schere zwischen Armen und Reichen, zwischen Mächtigen und Machtlosen, weiter zu öffnen. Der Klimawandel stellt die soziale Frage neu, Klimapolitik wird sie beantworten müssen. Deutschland und Europa kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Klimapolitik sozial verantwortlich zu gestalten – diese Aufgabe steht im Zentrum der folgenden strategischen Überlegungen und Projekte einer neuen ökologischen Politik. Sie verstehen sich als Beitrag zur strategischen Debatte jener globalen Grünen Bewegung, die dafür kämpft, den Übergang zu erleichtern und zu beschleunigen um den Übergang zur solaren Gesellschaft zu voranzutreiben.

Von einem wirksamen Klimaprogramm sind die Mehrheitsparteien, dem 40 Prozent Ziel für die CO₂-Reduzierungen zum Trotz, weit entfernt. Die Förderung der Energieeinsparung

36 bleibt halbherzig, milliardenschwere Subventionen unterstützen weiter die
37 Klimazerstörung, riesige Braun- und Steinkohlekraftwerke werden neu gebaut. Die
38 Bürgerinnen und Bürger sind bereit, auch persönliche Anstrengungen zum Schutz des
39 Klimas zu unternehmen. Doch sie warten vergeblich auf verständliche und verlässliche
40 Informationen zur Energieeinsparung im Alltag.

41 Keine Gesellschaft kann es sich leisten, in neue und alte Infrastrukturen zugleich zu
42 investieren. Mutlosigkeit und Innovationsschwäche in Politik und Wirtschaft verzögern den
43 Umbau. Aber der Druck wächst. Die Kampagne gegen neue Kohlekraftwerke, von
44 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN maßgeblich unterstützt, zeitigt erste Erfolge. Etliche
45 Planungen konnten, von Bremen über Bielefeld bis nach Köln, verhindert werden. Und es
46 entsteht eine neue Kultur: Vom Stromwechsel bis zum Schutz der biologischen Vielfalt
47 durch Biolebensmittel hat sich der Alltag verändert. Anders zu leben, das Klima zu
48 schützen, gehört zum modernen Lebensstil.

49 Wir können uns dabei auf die herkömmliche Oppositionsrolle beschränken. Denn wir sind
50 politischer Teil einer Bewegung für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, die für die
51 Mehrheit der Bevölkerung spricht. Es reicht uns nicht die Vorschläge der Regierung zu
52 kritisieren und dann Detailalternativen vorzuschlagen. Klimapolitik ist nicht nur Fachpolitik.
53 Das Ziel einer solaren Gesellschaft fordert jede/jeden Einzelnen – und öffnet zugleich
54 völlig neue, individuelle Entscheidungsspielräume. Das Zusammenspiel der Institutionen –
55 Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – neu zu justieren, Ziele und Wege zu klären, die
56 Menschen zur Mitgestaltung zu gewinnen – dafür wollen wir uns in den nächsten Jahren
57 einsetzen.

58 **Die Klimapolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von den folgenden** 59 **Grundsätzen geleitet**

60 Grüne Klimapolitik setzt die ökologischen Ziele als Grundbedingung für das menschliche
61 Leben - nicht als ein Ziel unter mehreren. Die globale Erderwärmung auf nicht mehr als
62 zwei Grad zu beschränken, ist die ökologische Leitplanke jeder wirtschaftlichen, sozialen
63 und kulturellen Entwicklung.

64 Grüne Klimapolitik vermindert soziale Unterschiede und steht für soziale Gerechtigkeit. Sie
65 sorgt für eine gerechte Verteilung von Lasten und Chancen und für Gerechtigkeit zwischen
66 den Generationen.

67 Grüne Klimapolitik tritt für „Kohlenstoff-Gerechtigkeit“ und damit für globale Gerechtigkeit
68 zwischen Nord und Süd ein. Jeder Mensch hat gleiches Recht an der globalen
69 Atmosphäre. Deshalb unterstützen wir die Festlegung eines gemeinsamen Zielwertes. Die
70 ökologische Leitplanke, der sich die Bevölkerungen der Industrie- und der
71 Schwellenländer annähern sollen, muss mittelfristig noch deutlich unter dem öffentlich
72 diskutierten Ziel von zwei Tonnen CO₂ pro Person und Jahr betragen.

73 Grüne Klimapolitik stärkt die politische und wirtschaftliche Freiheit. Wir wollen
74 Entscheidungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger verbessern, die Macht von
75 Oligopolen und Lobbys begrenzen und neue Handlungsoptionen für jede/n Einzelnen
76 eröffnen. Sie fördert den Übergang zu einer grünen Marktwirtschaft.

77 Grüne Klimapolitik setzt auf einen selbstbewussten und verantwortlichen Staat, der seine
78 Regulierungsaufgabe aktiv und intelligent wahrnimmt, das globale Gemeineigentum
79 schützt und dafür sorgt, dass alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu den natürlichen
80 Ressourcen erhalten.

81 Grüne Klimapolitik nutzt den Wettbewerb und damit den Markt. Sie verbindet

82 ökonomische Vielfalt, ökologische Effizienz und soziale Verantwortung bei der Nutzung
83 und Gewinnung von Energie.

84 Grüne Klimapolitik ist technikfreundlich. Sie nutzt die Möglichkeiten wissenschaftlicher
85 Technikfolgenabschätzung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und setzt auf einen
86 schnellen technischen Wandel zugunsten klimaneutraler, sozialverträglicher,
87 umweltfreundlicher und sicherer Technologien.

88 Grüne Klimapolitik handelt international und global. Die Verteidigung der natürlichen
89 Schätze der Menschheit kann nicht an nationalen Grenzen halt machen. Nicht nur die
90 Zusammenarbeit der Staaten und internationalen Organisationen, sondern auch das
91 Handeln der globalen Zivilgesellschaft ist notwendig, um die Klimakrise zu überwinden.

92 Grüne Energiepolitik ist Politik von unten. Wir zeigen, wie die Technik wieder eingeholt
93 werden kann, die uns entlaufen schien. Die Kreativität ist groß: Passivhäuser, solare
94 Energiegewinnung, Biogas- und Biomassenutzung, Windkraft – all das sind nicht nur high-
95 tech-Innovationen von größter ökologischer und wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch
96 Ausdrucksformen einer neuen Kultur, die von der Umwelt – und Anti-AKW-Bewegung
97 hervorgebracht und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv vorangetrieben wurde.

98 Wir Grünen als Kommunalpartei stehen seit Jahren für den klimagerechten Umbau der
99 städtischen Infrastrukturen. Städte werden grün: Angesichts des globalen
100 Städtewachstums gibt es zur Neuplanung bzw. Umgestaltung der Bausubstanz, des
101 Verkehrs und der Ver- und Versorgungsstrukturen keine Alternative. Klimaneutralität wird
102 die Städte verändern – und sie wird ihre Lebensqualität verbessern.

103 Klimaschutz muss zu einem zentralen Bestandteil staatlichen und privaten Handelns
104 werden. Deshalb verlangen wir die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die
105 Verfassung. Sie unterstützt die dringend notwendige Klimaprüfung für alle Politiken und
106 Strukturen hinsichtlich der Frage: Ermöglichen oder verhindern sie eine solare
107 Gesellschaft? Das gilt auch für Gesetze und Verordnungen (vom Bauplanungsrecht bis
108 zum Immissionsschutz) ebenso wie für sämtliche staatlichen Programme und Aktivitäten.
109 Ehrgeizige Klimaziele zu verkünden und gleichzeitig Braun- oder Steinkohle-
110 Kondensationskraftwerke zu ermöglichen und zu begünstigen und Autobahnprojekte wie
111 die Fehmarn-Belt-Querung zu subventionieren, all das darf künftig nicht mehr möglich
112 sein.

113 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden ihre Aufmerksamkeit in den nächsten Jahren
114 verstärkt auf die Verbindungsstellen von technischen und kulturellen Veränderungen
115 richten. Während die „Energieversorger“ seit 50 Jahren keine wirklich neuen technischen
116 Verfahren entwickelt und sich auf die schrittweise Verbesserung fossiler und atomarer
117 Techniken beschränkt haben, sind die revolutionären Sprünge in der Energietechnik im
118 kulturellen Umfeld der Umweltbewegung entstanden. Die künstliche Trennung von
119 technischer und kultureller Rationalität in Frage zu stellen, technische Entwicklungen auch
120 zum Thema der Feuilletons werden zu lassen und den politischen Umgang mit
121 technischen Entwicklungen öffentlich zur Diskussion zu stellen, ist seit jeher Bestandteil
122 grüner Strategien. Inzwischen ist deutlich geworden, dass Techniken über die globale
123 Zukunft entscheiden – das heißt, es gibt kein verantwortliches Handeln mehr, das ohne
124 klimapolitische Grundlage auskommt.

125 **Grüne Energie - Projekte auf dem Weg zur klimaverträglichen Energieversorgung**

126 *Besser Leben und gute Arbeit ohne Kohle – Neue Kohlekraftwerke verhindern*

127 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kämpfen gegen neue Kohlekraftwerke. Denn mit

128 Kohlekraftwerken ist Klimaschutz nicht möglich. Alte fossile Kraftwerke und AKWs müssen
129 nach und nach durch erneuerbare Energien, Energieeinsparungen und effiziente
130 Technologien ersetzt werden. Jedes neue Kohlekraftwerk und jede Laufzeitverlängerung
131 für AKWs lehnen wir ab. Statt auf diese Uralt-Technologien zu setzen, muss Deutschland
132 jetzt konsequent eine zukunftsfähige Energieversorgung fördern und so Arbeitsplätze in
133 Zukunftsbranchen schaffen. Fossil-atomare Technologien kommen fast ohne Arbeitskräfte
134 aus (auf zehn Megawatt Kraftwerksleistung kommt bei modernen Kohle-Meilern gerade
135 noch ein Arbeitsplatz) und lassen viele Milliarden bei internationalen Oligopolen und in
136 intransparenten Systemen versickern. Erneuerbare Energien hingegen ersetzen
137 Emissionen durch Intelligenz und tragen schon jetzt entscheidend zur Verbesserung der
138 Situation auf dem Arbeitsmarkt bei. Nicht nur das Handwerk hat grünen Boden, auch die
139 Industrie der Zukunft wird grün sein.

140 *100 Prozent erneuerbare Energien – Die Zukunft in Deutschland früher beginnen*

141 Wir setzen auf die enormen Potentiale der neuen Energie-, Effizienz- und
142 Steuerungstechnologien und die Fähigkeit der Wirtschaft, diese zu entwickeln und zu
143 nutzen. Wie die Energiestudie unserer Bundestagsfraktion (Energie 2.0) zeigt, können wir
144 die Stilllegung atomar-fossiler Kapazitäten mit einer Kombination aus regenerativer
145 Erzeugung, Einsparung und Effizienzverbesserung (KWK) vollständig ausgleichen. Wir
146 wollen unsere Wirtschaft und Lebensweise in wenigen Jahrzehnten auf 100 Prozent
147 Erneuerbare umstellen. Das wird viel Kraft, Ideen und viel Geld kosten. Aber es nicht zu
148 tun, kostet viel mehr: Der ungebremsste Klimawandel hätte wirtschaftliche Folgekosten, die
149 bis zu 20 Mal höher liegen und würde für die Menschen einen Verlust an Lebensqualität
150 bringen, der mit Geld nicht aufzuwiegen wäre.

151 Grüne Klimapolitik wendet sich für dieses Ziel gegen die Macht der Oligopole und fördert
152 neue Infrastrukturen. Als Rückgrat der regenerativen Stromerzeugung und –verteilung
153 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Bau eines europäischen Gleichstrom-
154 Fernübertragungsnetzes. Diese neue Infrastruktur soll in öffentlicher Verantwortung
155 betrieben werden. Sie beschränkt die Macht der Oligopole über den Netzbetrieb, fördert
156 den Wettbewerb und sichert die großflächige Nutzung regenerativer (Wind- und
157 Solarstrom) Energien in der Grundlast. Die Trennung von Netz und Produktion, die
158 Rückübernahme von Netzen in die kommunale Verantwortung sowie der Aufbau
159 moderner, dezentraler Netzstrukturen („Smart Grids“) sorgen für ein neues Verhältnis
160 zwischen dezentralen und zentralen Strukturen.

161 Um Erneuerbare Energien auch in der Stromerzeugung auf See und in der
162 Wärmeversorgung durchzusetzen müssen aktuell die entsprechenden
163 Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir brauchen deshalb zeitlich befristet höhere
164 Fördersätze für Offshore-Windenergie, um die gegenwärtige Investitionszurückhaltung zu
165 überwinden. Auch muss endlich das Gesetz zur Förderung der Wärmeerzeugung aus
166 regenerativen Energiequellen auf den Weg gebracht werden, um in diesem Sektor ähnlich
167 hohe und dauerhafte Wachstumsbedingungen sicherzustellen wie im Stromsektor.

168 *Klimaschutz gerecht – Modell für einen Öko-Bonus entwickeln*

169 Grüne Klimapolitik macht die soziale Dimension unseres Gesellschaftsprojektes sichtbar.
170 Sie verbindet den Kampf gegen den Klimawandel mit der Auseinandersetzung um soziale
171 Gerechtigkeit und stärkt die Entscheidungsfreiheit der Konsumenten. Deshalb arbeiten wir
172 an einem Konzept für einen Öko-Bonus: Einer Abgabe auf den fossilen und atomaren
173 Energieverbrauch in lenkungswirksamer Höhe, die den BürgerInnen anschließend in
174 vollem Umfang zurückgegeben wird. Während sich aber die Abgabe nach dem
175 individuellen Verbrauch richtet, ist die zurückgezahlte Summe für jeden gleich. Ob Kind,

176 Rentnerin, Multimillionär, Arbeitsloser oder Porschefahrer: Wer wenig Energie verbraucht
177 hat, erhält am Ende des Jahres einen Betrag, der über seinen Abgaben liegt.
178 VielverbraucherInnen hingegen gehen spürbar ins Minus. Da im statistischen Mittel jene
179 Menschen mehr Energie verbrauchen, die über ein besseres Einkommen verfügen, wird
180 der Klima-Bonus eine Umverteilung von oben nach unten bewirken und dazu beitragen,
181 dass die soziale Schere kleiner wird. Und er wird für alle dazu führen, dass
182 klimafreundliches Verhalten auch finanziell belohnt wird.

183 *Vielfalt der Lebensstile erhalten*

184 Der Klimawandel ist eine Herausforderung für den Lebensstil aller Menschen. Nur wenn
185 wir den Klimaschutz in unseren Lebensstilen berücksichtigen, können wir sie in ihrer
186 Vielfalt erhalten. Die Folgen des Klimawandels drohen unsere Handlungsmöglichkeiten
187 enorm einzuschränken. Heute verursacht jeder Deutsche durchschnittlich zehn Tonnen
188 CO₂ im Jahr, in Zukunft sollten es weniger als zwei Tonnen pro Person sein. Das zu
189 erreichen erfordert nicht nur eine neue Energieversorgung und viele technische
190 Innovationen, sondern auch individuelles Engagement. Mit jeder Entscheidung darüber,
191 wie wir Mobilität genießen, was wir essen, was wir einkaufen, wie wir wohnen,
192 entscheiden wir indirekt immer mit darüber, wie stark wir das Klima mit Treibhausgasen
193 belasten. Information und klimagerechte Preise machen unterschiedliche
194 Schwerpunktsetzungen möglich und gerecht.

195 Grüne Klimapolitik setzt auf optimale Information der VerbraucherInnen. Erst dadurch wird
196 ein funktionierender Markt und werden ökologische Lebensstile praktisch möglich. Bisher
197 ist es recht und billig, Energie zu verschwenden – effizientes und sparsames Handeln
198 dagegen wird durch Informationslücken und technische Hindernisse gebremst. Wir sehen
199 in der Übernahme der Informationskosten und der Verhinderung unnötiger
200 Mehrverbräuche eine Bringschuld des Staates. Anstelle zahlloser Websites und
201 Interessen geleiteter Teilinformationen fordern wir deshalb eine Stiftung Energietest, die
202 die energetische Bewertung von Geräten, Gebäuden und technischen Verfahren
203 zusammenführt. Im Einzelnen umzusetzen sind die staatliche Förderung der
204 energetischen Bewertung von Gebäuden, neue Abrechnungssysteme („Smart metering“)
205 eine freiwillige und kostenlose Energieverbrauchskontrolle durch Stromanbieter im
206 Haushalt, intelligente Netze, ein Top-Runner-Programm für Energie verbrauchende Geräte
207 und vieles mehr.

208 *Gleiche Emissionsrechte für alle*

209 Grüne Klimapolitik will, dass Kohlendioxid & Co einen Preis erhalten, der starke Anreize zu
210 ihrer Vermeidung gibt, weil sonst unsere Ziele der ökologischen Gerechtigkeit gar nicht
211 erreichbar sind. Die Emissionsrechte sollen nicht vom Staat erteilt, sondern versteigert
212 werden. Deshalb setzen wir uns für eine ehrgeizigere Ausgestaltung des europäischen
213 Emissionshandelssystems ein. Wir wollen, dass die Emissionszertifikate Schritt für Schritt
214 verknappt werden. Im Rahmen des internationalen Kyoto-Prozesses unterstützen wir die
215 Einführung eines Emissionshandels, der auf dem Prinzip gleicher „Emissionsrechte“ für
216 alle Menschen basiert. Im Ergebnis führt ein solches Konzept auch dazu, dass die
217 Entwicklungsländer Klimaschutz nicht länger als Bedrohung, sondern als Form einer fairen
218 Zusammenarbeit sehen.

219 **Lebensqualität zurückerobern - Schritte und Wege zur CO₂-freien Mobilität**

220 Wir brauchen einen völlig neuen Umgang mit Mobilität. Während in anderen Sektoren die
221 CO₂- Emissionen – wenn auch zu langsam und nur in wenigen Staaten - kontinuierlich
222 sinken, steigen sie beim Verkehr weiter an. Seit 1990 sind sie in Europa um 25 Prozent

gestiegen, im Luftverkehr haben sie sich sogar verdoppelt. Künftig werden die Emissionen deshalb bei jeder Mobilitätsentscheidung berücksichtigt werden müssen – ob es um die individuelle Entscheidungen für oder gegen eine Flugreise geht, um die Fahrpreise im öffentlichen Verkehr, den Transport von Gütern oder den Bau eines neuen Autotyps.

Um die Errungenschaft Grenzen überschreitender Mobilität zu erhalten ist eine tief greifende Erneuerung der technologischen und kulturellen Mobilitätsstrategien notwendig – für mehr Klimaschutz und mehr Lebensqualität. Damit diese möglich wird, müssen die ökonomischen Rahmenbedingungen für Mobilitätsentscheidungen korrigiert werden. Milliarden schwere Privilegien für klimaschädliche Verkehrsmittel und Infrastrukturen – bzw. für jenen Teil der Bevölkerung, der diese nutzen kann – sind für uns nicht akzeptabel.

Kritische Öffentlichkeit zu technisch-kulturellen Fragen ist dabei wichtiger denn je. Gegenwärtig werden, um alte Strukturen aufrecht zu erhalten, neue Fehler gemacht. Überdimensionierte Motoren und Verschwendung werden als „Luxus“ verkauft, die „Mobilitätseitelkeit“ und die Kaufkraft der Oberschichten gegen die Ernährungsbedürfnisse der Ärmsten und gegen die Erhaltung der Regenwälder in Stellung gebracht, in dem „Biokraftstoffe“ verwendet werden, deren Herstellung alles andere als ökologisch ist. Weder die Nachhaltigkeitsbewertung von Technologien und technologischen Pfaden noch die Technologiefolgenabschätzung darf aus dem Blick geraten. Das ist gerade auch unsere Aufgabe als Partei der Nachhaltigkeit.

Die Verkehrsplanung der Zukunft muss die soziale Gerechtigkeit im Blick haben - schließlich orientiert sich die Verkehrsplanung noch immer zuerst an jenen, die sich ein Auto leisten können. Deshalb wollen wir die Lebensqualität in den Städten durch systematische Unterstützung klimaverträglicher Formen der Mobilität – Fußgänger-, Fahrrad und öffentlicher Verkehr – nachhaltig verbessern.

Unsere Verkehrspolitik wendet sich gegen die soziale Spaltung der Städte. Die Verminderung von Lärm- und Abgasemissionen verbessert die Verhältnisse in sozial schwächeren Wohngebieten. Auch Verkehrsvermeidung dient der Verbesserung der Lebensqualität. Wir wenden uns nicht gegen Mobilität, sondern gegen Infrastrukturzwänge, die unnötige Transporte und überflüssige Wege mit sich bringen.

Folgende Projekte Grüner Mobilität wollen wir in den nächsten Jahren in den Mittelpunkt stellen:

Lebensqualität in grünen Städten – Stadtmobilität der Zukunft

Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen. Der Klimawandel erfordert einen Bruch mit den Traditionen deutscher Verkehrspolitik, die noch immer überwiegend Straßenbaupolitik ist.

Wir werden deshalb die Lebensqualität der Menschen und nicht den PKW- und LKW-Verkehr in der Stadt ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Mehr Freiheit für die Städte bei der Durchsetzung klimafreundlicher Verkehrskonzepte (Tempo 30 innerorts, City-Maut, City-Logistik-Zentren), Freiräume für Festlegung autofreier Tage oder von Parkraumbewirtschaftungszonen – wenn Kommunen mehr Klimaschutz wollen, darf der Bund nicht länger bremsen. Kommunal- und landespolitisch werden wir den Fußgänger- und Fahrradverkehr fördern, „grüne Achsen“ für überörtliche Fahrradverbindungen schaffen, Car-Sharing und Fahrradleihsysteme wie z.B. Call-A-Bike unterstützen, die Rahmenbedingungen für solarelektrische Mobilität, aber auch für autofreie Stadtteile verbessern.

Green Car – Individualverkehr klimaverträglich machen

269 Autos werden auch künftig einen hohen Anteil des Verkehrs ausmachen. Gerade im
270 ländlichen Raum ermöglicht manchmal nur das Auto die Teilnahme am gesellschaftlichen
271 Leben. „Klimafreundlich“ bedeutet für uns, dass Bau und Nutzung eines Fahrzeuges mit
272 den Zielen einer globalen Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes vereinbar ist. Sparsame
273 Varianten herkömmlicher Autos – vom fünf-Liter- (pro 100 km) bis zum 80g- (CO₂ pro km)
274 Auto – sind wichtige Zwischenschritte. Solche Einsparungen drohen aber innerhalb kurzer
275 Zeit durch die globale Zunahme der Anzahl an Fahrzeugen kompensiert zu werden. Wir
276 unterstützen demgegenüber Fahrzeug-, Antriebs- und Kraftstoffkonzepte, die tatsächlich
277 CO₂-Neutralität ermöglichen, zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen und mit den
278 entstehenden globalen Stadtkulturen vereinbar sind.

279 Die Umrisse einer klimaverträglichen Autokultur sind bereits erkennbar. Für den
280 Fahrzeugbau geht es um konsequenten Leichtbau und eine Effizienzrevolution bei
281 Antrieben (z. B. solarelektrischer Antrieb). Zugleich sind neue Rahmenbedingungen
282 notwendig. Deshalb fordern wir die Festsetzung einer technisch begrenzten
283 Höchstgeschwindigkeit für Neuzulassungen sowie eine Geschwindigkeitsbegrenzung
284 (Tempo 30 innerorts, Tempo 120 auf Autobahnen), die Schaffung der rechtlichen
285 Voraussetzungen für City-Maut-Systeme, die Unterstützung von Car-Sharing.

286 Beim Übergang zu klimafreundlichen Fahrzeugen setzen wir auf Vielfalt. Es geht uns um
287 die möglichst schnelle Verminderung des Verbrauchs. Zugleich werden wir Sackgassen
288 wie etwa die Ausstattung traditioneller Nobelkarossen mit Wasserstofftanks (mit der Folge
289 einer Vervielfachung der rechnerischen CO₂-Emissionen) kritisch benennen.

290 Als Sofortmaßnahmen fordern wir ein Marktanreizprogramm „eine Million Elektroautos
291 bzw. Plug-In-Hybride“ mit einem rechnerischen Kraftstoffverbrauch unter zwei Litern bis
292 2020. Die Forschungsmittel sollen auf tatsächlich neue und zukunftsfähige Vorhaben
293 konzentriert werden. Auch der verpflichtende Einsatz von Leichtlaufölen und -reifen kann
294 den Rahmen für klimaverträgliche Autokonzepte verbessern.

295 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine durchschnittliche Obergrenze für alle neuen PKW
296 ab 2012 von höchstens 120g CO₂/km und ab 2020 von 80g CO₂/km. Zudem müssen
297 diese Strategien der CO₂-Reduzierung auch auf Busse und LKW übertragen werden.
298 Dazu fordern wir, dass eine Obergrenze für CO₂-Emissionen pro Fahrzeug eingeführt
299 wird, die das Doppelte des jeweils gültigen Durchschnittsgrenzwerts beträgt. Fahrzeuge,
300 die 2012 mehr als 240g CO₂/km verbrauchen, erhalten dann keine Zulassung mehr.

301 Finanziert werden diese Vorhaben durch den Abbau der Subventionen für die CO₂-
302 Emission des Straßenverkehrs, insbesondere die Abschaffung des Dienstwagen-Privilegs
303 und die Verschärfung der ökologischen Progression in der Kfz-Steuer durch die
304 Umstellung der Bemessungsgrundlage auf CO₂.

305 *Die Bahn - Erlösung von fast allen Lasten*

306 Die gegenwärtigen Planungen für die Privatisierung der Deutschen Bahn AG gefährden
307 ein zentrales Element klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur.

308 Wir fordern eine Neuorientierung der Bahnpolitik. Die Bahn muss sowohl im Personen-
309 als auch im Güterverkehr ihre Transportleistung vervielfachen. Dafür muss das
310 Dienstleistungsangebot verbessert, das Schienennetz ausgeweitet und
311 diskriminierungsfreier Wettbewerb auf dem deutschen und europäischen Netz ermöglicht
312 werden. Die Privatisierung bzw. zeitweise Überlassung des Schienennetzes an ein
313 privates Unternehmen kommt aus ordnungspolitischen Gründen für uns nicht in Frage.
314 Vorstellungen, nach denen die Bahn AG privatisiert und als „nationaler Champion“ zum
315 internationalen Logistikkonzern umgebaut werden soll, stehen dieser Orientierung

316 entgegen und werden von uns abgelehnt.

317 Auch die ökonomischen Rahmenbedingungen bedürfen dringend der Korrektur.
318 Lastwagen blockieren nicht nur Autobahnen und Landstraßen, sondern auch einen
319 wirksamen Klimaschutz. Nicht einmal Verbrauchshöchstwerte für LKW sind gegenwärtig
320 vorgesehen. Noch immer werden für alle Schienentransporte Trassenpreise erhoben, die
321 weit über den für die Straße geltenden Mautsätzen liegen. Dabei zeigt das Schweizer
322 Beispiel, dass einer Rückverlagerung von der Straße auf die Schiene selbst in einem
323 hochentwickelten Land im Zentrum Europas keine Utopie ist. Güter gehören auf die
324 Schiene – deshalb fordern wir die Ausweitung der LKW-Maut auf die in der Schweiz
325 geltende Höhe sowie auf alle Straßen und für alle LKW ab 3,5 Tonnen.

326 *Mobilitätssubventionen abbauen - Flugbenzin besteuern*

327 Der Flugverkehr ist der am schnellsten wachsende Verkehrssektor – und eine enorme
328 Belastung für das Klima, weil die Schadstoffemissionen in der Luft mehr als dreimal so
329 schädlich sind wie die des Straßenverkehrs oder der Industrieanlagen. Dass das Taxi zum
330 Flughafen teurer ist als der Flug selbst, ist dennoch kein ökonomisches Wunder – diese
331 Verzerrung der ökologischen und ökonomischen Realität wird durch ein System von
332 Subventionen ermöglicht, von der Steuerfreiheit für Flugbenzin über die
333 Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Tickets bis zur staatlichen Förderung von
334 Regionalflughäfen. Über die Einbeziehung des Flugverkehrs in einen europäischen und
335 internationalen Emissionshandel hinaus fordern wir die Abschaffung aller staatlichen
336 Zahlungen für den Flugverkehr und die Durchsetzung einer am Schadenspotential dieses
337 Verkehrsmittels orientierten Kerosinbesteuerung.

338 **Die Vielfalt des Lebens erhalten – Grüne Projekte für die Naturschutzpolitik**

339 Gegenwärtig geht die Vielfalt der Natur infolge menschlicher Aktivitäten (Entwaldung,
340 Flächenkonkurrenz, Überfischung der Meere, Industrialisierung der Landwirtschaft,
341 Schadstoffbelastung der Ökosysteme, fortschreitender Klimawandel) in nie da gewesenem
342 Umfang zurück. In Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und
343 Säugetiere bereits ausgestorben; ein Sechstel der europäischen Säugetiere ist vom
344 Aussterben bedroht. In Deutschland sind über 72 Prozent der Biotoptypen als gefährdet
345 eingestuft.

346 Es droht – ähnlich wie bei der Klimakrise – eine Katastrophe, die zwar viele kommen
347 sehen die aber dennoch die große Öffentlichkeit nicht erreicht.

348 Wir sehen im Erhalt und Erlebnis unzerstörter Natur ein elementares Bedürfnis und eine
349 Grundlage unserer Kultur. Viele von uns plädieren für ein „Eigenrecht der Natur“. Wir
350 möchten den Biodiversitätsschutz zum Querschnittsthema aller relevanten Politikfelder
351 machen.

352 Die UNO hat mit der Internationalen Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt
353 (CBD) die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile
354 und die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen zur
355 Aufgabe der gesamten Menschheit erklärt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die
356 Frage nach der biologischen Sicherheit – schließlich stellen genveränderte Organismen
357 eine große Bedrohung für die biologische Vielfalt dar. Uns verbinden dabei folgende
358 Grundsätze:

359 *Vielfalt schützen:* Biologische Vielfalt muss durch dauerhaften Schutz gefährdeter
360 Lebensräume und Gebiete sowie durch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
361 erhalten werden.

362 *Vielfalt gerecht nutzen:* Handel mit nicht zertifiziertem Holz, Regenwaldrodung für den
363 Anbau von Soja oder Palmöl und die Überfischung der Meere treffen weltweit jene am
364 schlimmsten, die direkt von der Natur leben müssen – die Ärmsten der Armen - und
365 gefährdet so ein Drittel der Menschheit.

366 *Vielfalt für das Klima:* Ohne wirksamen Schutz der Biodiversität gibt es keinen wirksamen
367 Klimaschutz. Und ohne wirksamen Klimaschutz ist kein Erhalt der Biodiversität möglich.
368 Die Komplexität der Zusammenhänge und der politische Steuerungsbedarf, der sich
369 daraus ergibt, müssen endlich wahrgenommen werden.

370 *Vielfalt durch Kultur:* Die globale Zerstörung der biologischen Vielfalt wird durch die
371 Lebensweisen in den industriellen Zentren verursacht und beschleunigt. Vom Fleisch- und
372 Fischkonsum über die Bekleidungsmoden bis zum Einsatz seltener Hölzer und Metalle für
373 bestimmte Produkte hängt die Plünderung mit unser aller Alltag zusammen. Wichtig ist
374 dabei auch die kulturelle Dimension: Es geht uns um Genuss statt Raubbau. Wir wollen
375 diese Lebensweisen weiterentwickeln und mit Gesundheit, Wohlbefinden und
376 Klimaschutz zusammenführen.

377 Folgende Projekte Grüner Politik im Bereich Erhalt der Vielfalt der Natur, wollen wir in den
378 kommenden Jahren in den Mittelpunkt stellen:

379 *Ein grünes Netz für Europa - Natur schützen, Wildnis wagen*

380 Die EU hat sich mit Natura 2000 zum Ziel gesetzt, das Naturerbe Europas zu erhalten.
381 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine konsequente Umsetzung und ausreichende
382 finanzielle Förderung des europäischen Biotopverbundes, damit die Artenvielfalt auch
383 nach der Gebietsausweisung erhalten werden kann. Trotz aller Bemühungen um
384 Naturschutz und Biodiversität schreiten Naturverbrauch, Flächenversiegelung und Verlust
385 an Biodiversität auch in Deutschland und Europa voran. Deshalb droht die EU ihr erklärtes
386 Ziel, das Artensterben bis 2010 zu stoppen, zu verfehlen.

387 Europa muss beim Schutz von Natur und Biodiversität mit gutem Beispiel vorangehen. Nur
388 wer in der Lage ist, die Qualität der eigenen Landschaften, Wälder und Meere zu schützen
389 und ihre Ressourcen dauerhaft zu erhalten, kann glaubwürdig für die Erhaltung von
390 tropischen Wäldern und arktischen Regionen eintreten. Deshalb setzen wir uns für den
391 Erhalt und Ausbau der FFH-Gebiete in Deutschland und Europa ein. Außerdem wollen wir
392 mindestens zehn Prozent der Fläche der Bundesrepublik in einem Biotopverbund
393 zusammenführen. Wir wollen die europäischen Schutzgebiete durch grüne Korridore
394 verbinden und so ein umfassendes Netzwerk der Vielfalt schaffen. Veräußerungen von
395 ökologisch wertvollen Flächen durch die Artenvielfalt und Naturschutz gefährdet werden,
396 lehnen wir ab.

397 Notwendig ist die Verstärkung (in vielen Bundesländern muss man leider bereits von einer
398 notwendigen Neugründung sprechen) der Naturschutzverwaltungen in Deutschland. Die
399 Pflege des Naturreichtums braucht ein kompetentes Management.

400 *Genuss statt Raubbau – gesund, ökologisch, gentechnikfrei*

401 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren und sind die Partei der biologischen Landwirtschaft –
402 und der Veränderung von Lebensstilen. Immer mehr Menschen legen Wert auf gesunde
403 und ökologische Lebensmittel. Trotzdem gibt es wachsende Probleme mit falscher
404 Ernährung und Übergewicht, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Skandale um
405 Gammelfleisch oder pestizidbelastetes Gemüse verderben vielen Menschen den Appetit.
406 Gleichzeitig droht, vorangetrieben durch die Politik der Bundesregierung, eine
407 schleichende Verunreinigung unserer Nahrung mit Gentechnik. Kein Wunder also, dass

408 der Biomarkt boomt. Doch weil Bund und Länder die Förderung für die ökologische
409 Landwirtschaft gekappt haben, kann die heimische Landwirtschaft den steigenden Bedarf
410 nach Bio immer weniger decken. Diesen Fehlentwicklungen stellen wir eine grüne Politik
411 gegenüber, die auf eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft setzt. Grüne Politik
412 zielt auf gutes Leben und gesunden Genuss.

413 Es wird immer mehr Fleisch nachgefragt. Schon jetzt werden 30 % der Ackerflächen
414 weltweit für die Fleischproduktion benötigt, die Welternährungsorganisation (FAO) rechnet
415 mit einer annähernden Verdopplung bis 2050. Diesen Trend wollen wir brechen.

416 Die EU-Agrarförderung muss verstärkt die gesellschaftlichen Leistungen der Bauern für
417 Natur und Umwelt honorieren. Bauern sollen Landwirtschaft, Waldbewirtschaftung und
418 Naturschutz gemeinsam erreichen können. Die intensive konventionelle Landwirtschaft ist
419 einer der großen Verursacher des Klimawandels, auch sie muss ökologisiert werden und
420 einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen die ökologisch bewirtschafteten
421 Flächen durch eine konsequente Förderung bis 2020 deutlich steigern. Wegen der
422 höheren Artenvielfalt durch den Ökologischen Landbau und der besseren Klimabilanz
423 wollen wir langfristig die gesamte Fläche nach ökologischen Kriterien bewirtschaften.

424 Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob VerbraucherInnen auch in Zukunft noch die
425 Wahl haben werden zwischen gen-veränderten und natürlichen Lebensmitteln. Deshalb
426 kämpfen wir für den Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft und für die Wahlfreiheit der
427 VerbraucherInnen durch eine strikte Gentechnik-Kennzeichnung, scharfe Grenzwerte,
428 klare Haftungsübernahmen, Risikoforschung und die Förderung gentechnikfreier
429 Regionen.

430 Im Kampf gegen Lebensmittelskandale setzen wir auf bessere und zielgenauere
431 Kontrollen sowie auf eine offensive Politik der Verbraucherinformation. Auf Lebensmitteln
432 muss ihre CO₂-Bilanz erkennbar sein.

433 *Gegen eine Monopolisierung der biologischen Vielfalt*

434 Biopatente und Biopiraterie sind eine große Bedrohung der biologischen Vielfalt – sowohl
435 hinsichtlich ihres Schutzes als auch hinsichtlich des gerechten Zugangs zur biologischen
436 Vielfalt. Bisher waren Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen und menschliche Gene von der
437 Patentierung ausgeschlossen. Mit dem TRIPS-Abkommen der WTO wurde ein
438 internationales Abkommen geschaffen, das dazu führt, dass multinationalen Konzernen
439 kostenlosen Zugang zu den biologischen Ressourcen verschafft, um sich Monopole zu
440 sichern.

441 Viele ärmere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen mit großer Sorge, dass sie
442 durch Patente vom technischen Fortschritt abgeschnitten werden könnten – und zugleich
443 die Kontrolle über die eigenen genetischen Ressourcen an multinationale Konzerne
444 verlieren. Darum muss im internationalen Recht sichergestellt werden, dass die Interessen
445 dieser Länder nicht übergangen werden und die Souveränität der indigenen Völker und
446 lokalen Gemeinschaften über ihre biologischen Ressourcen durch faire und effektive
447 Regelungen wieder hergestellt und abgesichert werden.

448 Auch muss sichergestellt werden, dass keine biologischen Ressourcen ohne Information
449 und Einverständnis der Ursprungseigner gesammelt und außer Landes gebracht werden
450 dürfen. Die Verträge des „International Plant Exchange Network, IPEN“, die unter anderem
451 von den deutschen Botanischen Gärten erarbeitet wurden, sind ein positives Modell für
452 mögliche vertragliche Grundlagen im Rahmen taxonomischer Sammlungen, mit denen die
453 Pflanzen- und Tierarten inventarisiert werden können.

454 *Schluss mit dem Import klimazerstörender Produkte*

455 Wir fordern rechtliche und institutionelle Voraussetzungen für ein verbindliches
456 Zertifizierungsverfahren für Hölzer und für andere Produkte aus klima- und biodiversitäts-
457 sensiblen Produktionssektoren möglich wird. Für nicht zertifiziertes Tropenholz sowie für
458 Produkte aus Gebieten, die nach dem 1.1. 2000 abgeholzt wurden, verlangen wir ein
459 sofortiges Import- und Handelsverbot.

460 Um die Verschärfung der Klimakrise durch Maßnahmen, die sie eigentlich bekämpfen
461 sollten, zu verhindern, fordern wir ein Importverbot für nicht zertifizierte Agrarkraftstoffe.
462 Dasselbe gilt für Produkte aus den EU-Staaten, etwa Torf aus dem Baltikum, der im
463 deutschen Gartenbau eingesetzt wird und eine zusätzliche CO₂-Freisetzung bewirkt: Wir
464 fordern die Aufnahme von Verhandlungen mit EU- und WTO, um den Klimaschutz und die
465 biologische Vielfalt zum Bestandteil des globalen Handelssystems zu machen.

466 **Schlussbemerkung**

467 Die bisherige Strategie vieler Regierungen, auch in Deutschland, für die Bekämpfung des
468 Klimawandels ist unbrauchbar. Mit großem rhetorischem Pathos werden Maßnahmen
469 vorgegaukelt, doch mit hohem finanziellem Aufwand letztlich untaugliche zentrale
470 Technologien gefördert. Man zeigt sich sehr besorgt und setzt hohe Zielmarken – aber
471 man verzichtet auf die Einführung angemessener Instrumente zur Zielerreichung. Andere
472 Akteure ignorieren das Problem oder verfallen in Resignation.

473 Für uns, Bündnis 90/Die Grünen, kommt keine dieser Strategien in Frage. Wir müssen
474 schnell und konsequent auf einen klimafreundlichen Pfad in die solare Gesellschaft der
475 erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einschwenken.

476 Uns ist bewusst, dass die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen, wiewohl sie an der
477 Spitze des heutigen Standes der Diskussion stehen, schon mittelfristig von der
478 klimatischen Entwicklung überholt werden können, vor allem dann, wenn sie nicht schnell
479 realisiert werden. Es steht dann zu befürchten, dass die Abwendung des planetarischen
480 Notstands "Klimawandel" gesamtgesellschaftliche Anstrengungen erfordert, die erheblich
481 weiter gehen.

482 Die in diesem Papier dargestellten Überlegungen und Projekte zielen letztlich auf eine
483 völlige Umgestaltung der Industriegesellschaft, wie sie sich in den letzten 200 Jahren
484 entwickelt und über den Globus ausgebreitet hat - ihrer Basistechnologien, ihrer
485 Infrastrukturen, ihrer normativen Grundlagen und ihrer Kultur. Ohne eine solche
486 Veränderung wird es nicht möglich sein, sich von der fossilen Basis dieser Gesellschaft zu
487 entkoppeln und neue, emissionsfreie Strukturen aufzubauen.

488 Dass dies in jedem Einzelfall im Konsens aller Beteiligten und ohne größere politische
489 Konflikte zu haben sei, glauben wir nicht – und wir scheuen auch diese Konflikte nicht. Die
490 anstehenden Konflikte werden nur gelöst werden, wenn die Politik klare Ziele und
491 Rahmenbedingungen für die nächsten Jahrzehnte setzt. Die Abkehr von der atomar-
492 fossilen Energiebasis ist die Grundlage jeder erfolversprechenden Politik und wird in der
493 Wirtschaft zu einem bisher nicht vorstellbaren Innovationsschub führen. Wir Grüne fühlen
494 uns den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet dafür zu sorgen, dass Klimapolitik
495 bestehende soziale Ungleichheiten vermindert und nicht verstärkt. Auf diese Weise wird
496 die Akzeptanz für ökologische Politik gestärkt und werden die kreativen Kräfte der
497 Gesellschaft geweckt.

498 Der Kampf gegen den Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt gehen weit
499 über Parteigrenzen hinaus, betreffen sie doch die Grundlage jeder Politik selbst. Wir

500 wollen unsere Rolle als treibende Kraft in diesem Bereich weiter ausbauen. Deshalb
501 suchen wir den Dialog mit allen, die bei dieser großen Aufgabe mitwirken – über Partei-
502 und Koalitionsgrenzen hinaus.

503 Wir möchten deshalb an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren ihre
504 Handlungsmöglichkeiten zu nutzen. Wir brauchen eine Bürgerbewegung für Klimaschutz.
505 Es wird notwendig sein auch Gewohnheiten umzustellen, selbstverständliche
506 Bequemlichkeiten infrage zu stellen, neue finanzielle Prioritäten zu setzen, um das
507 gemeinsame Ziel zu erreichen. Manche nennen das Opfer, wir nennen das Gewinn – auch
508 an sozialer Gerechtigkeit. Nur in einer großen, gemeinsamen Anstrengung – die am Ende
509 in eine globale Anstrengung einmünden muss – wird es möglich sein, unsere Gesellschaft
510 schließlich klimaverträglich und lebensfreundlich zu gestalten und die solare Gesellschaft
511 einzuläuten.

512